

Der Gesselfschafter

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Nagold

Mit den illustrierten Beilagen „Feststunden“ „Unsere Heimat“, „Die Mode vom Tage“.

Bezugspreise: Beim Bezug in der Stadt bzw. Agenten monatlich RM. 1.50 einchl. 13 bzw. 20 Pfg. Zustellgebühr, beim Bezug durch die Post monatlich RM. 1.40 einchl. 13 Pfg. Postzeitungsgeb., zusätzl. 20 Pfg. Bestellgeb. Einzelnumm. 10 Pfg. Schriftleitg., Druck und Verlag: O.B. Zaiser (Inh. R. Zaiser), Nagold



Mit der landwirtschaftlichen Wochenbeilage: „Haus-, Garten- und Landwirtschaft“

Anzeigenpreise: 1 spaltige Borgis-Zeile oder deren Raum 20 J. Familien-Anzeigen 15 J. Restamezeile 10 J. Sammel-Anzeigen 50% Aufschlag. Für das Erscheinen von Anzeigen in bestimmten Ausgaben und an besonderen Plätzen, wie für telephon. Aufrufe und Chiffre-Anzeigen wird keine Gewähr übernommen

Telegr.-Adresse: Gesselfschafter Nagold. - In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. - Postfach-St. Stuttgart 5113

Des Reichstags Ende

Die Sitzung des Reichstags am Montag, das erste Zusammentreffen der Regierung mit dem Parlament, ist zu einem schweren Zusammenstoß geworden und hat in knapp einer Stunde zur Auflösung geführt. Es war kein Kampf von heroischer Größe, eher könnte man von einem schwarzen Tag des Parlamentarismus sprechen. Das Ende dieses Reichstags - das muß man offen bekennen - ist wenig rühmlich gewesen. Schon zu Beginn sprach man von einer „Ueberrückung“, die der Reichsregierung bereitet werden sollte. Sie hat sich nach der anderen Seite gerichtet. Die Handhabung der Geschäftsordnung durch den Reichstagspräsidenten Göring war, wie jetzt von allen Seiten zugegeben wird, auffallend ungeschickt. Er überließ geflissentlich die Wortmeldung des Reichskanzlers und schob das ihm überreichte Auflösungsdekret mit einer fast verächtlichen Handbewegung zur Seite, obwohl er genau wissen mußte, was die rote Karte, mit der der Reichskanzler den Saal betreten hatte und aus der er das Schriftstück hervorholte, zu bedeuten hatte.

In Artikel 33, Absatz 3, der Reichsverfassung heißt es, daß die Vertreter der Reichsregierung auch außerhalb der Tagesordnung vom Reichstag gehört werden müssen. Hiernach hätte der Reichskanzler unter allen Umständen auch dann das Wort erhalten müssen, wenn der Abstimmungs- vorgang bereits lief. Das war aber im Augenblick der Wortmeldung Papens noch nicht der Fall. Auch aus einem anderen Grund ist die Auffassung Görings irrtümlich. Da es dem Reichskanzler nicht gelang, das Auflösungsdekret zur Verlesung zu bringen, übergab er es Herrn Göring, und in diesem Augenblick war die Auflösung des Reichstags auf jeden Fall geltendes Recht geworden. Die Abstimmung, die der Präsident weiter durchführte, hatte also keinen staatsrechtlich verbindlichen Charakter mehr. Offenbar haben auch die Sozialdemokraten die Rechtsgültigkeit der Auflösung anerkannt, wie ein Brief des früheren Reichstagspräsidenten Löbe an Göring, den wir an anderer Stelle mitteilen, beweist.

Welche weiteren politischen Folgerungen sich aus der letzten Lage ergeben, ist zur Zeit noch nicht abzusehen. In Berlin rechnet man mit der Verhängung des Ausnahmezustands durch die Reichsregierung, um ihren Anordnungen Geltung zu verschaffen. Und was wird der Reichstag tun? Eine etwaige Klage vor dem Staatsgerichtshof, wovon in nationalsozialistischen Kreisen schon gesprochen wurde, ist ausgeschlossen, weil der Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich lediglich über „Verfassungsstreitigkeiten innerhalb eines Landes“ und über „Streitigkeiten nicht privatrechtlicher Art zwischen verschiedenen Ländern oder zwischen dem Reich und einem Land“ entscheidet. Theoretisch wäre allenfalls eine Anklage des Reichspräsidenten oder der Reichsregierung gemäß Artikel 59 der Reichsverfassung in Frage. Sie müßte aber von 100 Mitgliedern des Reichstags unterzeichnet und von einer Zweidrittelmehrheit des Reichstags beschlossen werden. Ein aufgelöster Reichstag kann aber keine Beschlüsse mehr fassen, und wenn der nächste Reichstag etwa einen solchen Beschluß nachträglich fassen sollte, dann könnte ihn der Reichspräsident mit der Auflösung wieder zuwortkommen. Aber davon abgesehen, könnte der Reichspräsident einer Anklage vor dem Staatsgerichtshof mit Ruhe entgegensehen, weil eine „schuldlose Verletzung der Reichsverfassung“, die der Anklage zugrunde liegen muß, niemals nachgewiesen werden könnte.

Berlin, 13. Sept. Im Reichstag herrschte am Dienstag vormittag reger Betrieb, da ein großer Teil der Abgeordneten wieder im Reichstag erschienen war, um entweder an Fraktions- oder Ausschüßsitzungen teilzunehmen. Die sozialdemokratische Fraktion trat bereits um 10 Uhr zusammen. Die Deutschnationalen haben für 11.30 Uhr eine Fraktions-sitzung im preussischen Landtag anberaumt. Der Auswärtige Ausschuss ist für 3 Uhr nachmittags einberufen, um den Lausanner Vertrag und die Abrüstungsfrage zu besprechen.

Löbe an Göring

Berlin, 13. Sept. Abg. Löbe hat an den Reichstagspräsidenten Göring geschrieben, die sozialdemokratischen Mitglieder nehmen an der von Göring einberufenen Sitzung des Reichstags nicht mehr teil, da der Verleitelrat durch die Auflösung des Reichstags mitbetroffen worden sei. Die staatsrechtlichen Fragen, die Göring in seiner Schlussansprache im Reichstag aufgeworfen habe, gehören vor den Ausschuss zur Wahrung der Rechte des Parlaments, der von der Auflösung nicht betroffen werde. Als Vorsitzender dieses Ausschusses berufe er (Löbe) den Ausschuss sofort ein.

Auch die Vertreter der Zentrumsfraktion erklärten dem Reichstagspräsidenten, daß nach ihrer Ansicht der Reichstag nicht mehr bestehe. Göring sah sich dadurch veranlaßt, die von ihm in Aussicht genommene sofortige Sitzung des Reichstagsrats und die Reichstags-sitzung am Dienstag abzusagen.

Durchsuchung der kommunistischen Fraktionszimmer

Berlin, 13. Sept. Der Polizeipräsident teilt mit: Auf Grund einer eingegangenen zuverlässigen Nachricht hat in der Nacht zum 13. September um 23.30 Uhr der stellvertretende Leiter der Abteilung 1, Regierungsrat v. Werder, eine Durchsuchung im komm. Fraktionsbüro im Reichstag angedeutet, da der dringende Verdacht eines Sprengstoffanschlags vorliege. Die Durchsuchung konnte dem Herrn Reichstagspräsidenten und dem Herrn Polizeipräsidenten nicht mehr angekündigt werden, da beide Herren fernmündlich nicht zu erreichen waren. Die Durchsuchung war um 1.30 Uhr beendet. Die Keller des Reichstags und die Fraktionsräume der kommunistischen Partei sind durchsucht worden. Der noch kurze Zeit eintreffende Direktor der Reichstagsverwaltung, Geheimrat Galle, erhob gegen diese Durchsuchung energischen Protest und teilte mit, daß er diese Angelegenheit bei den zuständigen Stellen des Reichstags zur Sprache bringen würde. Da Regierungsrat v. Werder annehmen mußte, daß Gefahr bestände, hat er trotz des Einspruchs von Herrn Galle die Durchsuchung weiter fortgesetzt. Hinweise auf ein Sprengstoffattentat sind aber nicht gefunden worden. In den Fraktionszimmern der kommunistischen Partei wurden zwei Fernschlüsselschriften, sowie ein Buch, das sich mit Eisenbahnbau beschäftigt, beschlagnahmt. Der Polizeipräsident hat eine Untersuchung dieser Angelegenheit in die Wege geleitet.

Der Ueberwachungsausschuss

Berlin, 13. Sept. Der Reichstagsausschuss zur Wahrung der Rechte der Volksvertretung trat am Dienstag vormittag unter dem Vorsitz des Abg. Löbe zusammen. Die Beteiligung der Parteien war außerordentlich stark. Auch Reichstagspräsident Göring nahm an der Sitzung teil. Ebenso waren die Länder durch zahlreiche Gesandten vertreten. Von der Reichsregierung war zunächst nur Ministerialdirektor Götthelmer vom Reichsinnenministerium erschienen. Dieser gab zu Beginn der Sitzung eine Erklärung ab, in der es heißt:

Die Reichsregierung hält daran fest, daß das Vorgehen des Reichstagspräsidenten in der gestrigen Sitzung des Reichstags mit der Reichsverfassung und mit der Geschäftsordnung des Reichstags nicht vereinbar ist. Im Widerspruch mit Artikel 33 Absatz 3 der Reichsverfassung hat der Reichstagspräsident trotz wiederholter Wortmeldungen dem Reichskanzler das Wort nicht erteilt, obwohl eine Abstimmung noch nicht begonnen hatte. Es steht fest, daß nach der Wortmeldung des Reichskanzlers ein Antrag auf namentliche Abstimmung aus dem Haus gestellt wurde. Es steht weiter fest, daß der Präsident diesen Antrag zugelassen hat und daß er das Haus noch darüber befragt hat, ob die Abstimmung über die Aufhebung der Rotverordnung mit der Abstimmung über den Mißtrauensantrag verbunden werden solle. Eine Abstimmung kann erst beginnen, nachdem festgestellt ist, worüber und in welcher Form abgestimmt werden soll. Dementsprechend bestimmt der § 105 der Geschäftsordnung, daß eine namentliche Abstimmung bis zur Eröffnung der Abstimmung beschlossen werden kann. Sie kann somit nicht mehr nach Eröffnung der Abstimmung beschlossen werden. Wenn der Reichstagspräsident nach der Wortmeldung des Reichskanzlers noch einen Beschluß auf namentliche Abstimmung herbeiführte, so ergibt sich daraus mit völliger Klarheit, daß die Abstimmung bei der Wortmeldung des Reichskanzlers noch nicht begonnen hatte und daß der Präsident selbst die Abstimmung noch nicht als begonnen ansah. Damit steht fest, daß dem Reichskanzler geschäftsordnungs- und verfassungswidrig das Wort verweigert worden ist.

Infolge dieses Verhaltens des Reichstagspräsidenten war der Reichskanzler genötigt, die Verordnung des Herrn Reichspräsidenten, die die Auflösung des Reichstags verfügte, in der Weise dem Reichstag zu übermitteln, daß er sofort nach der wiederholten Ablehnung der Worterteilung die Urkunde dem Reichstagspräsidenten übergab. Mit der Uebergabe der Urkunde trat die Auflösung in Wirksamkeit. Jede weitere Tätigkeit der noch versammelten Abgeordneten entbehrt damit der verfassungsrechtlichen Grundlage. Beschlüsse des Reichstags über die Aufhebung der Rotverordnung vom 4. September d. J. und über die Entziehung des Vertrauens liegen daher nicht vor.

Ungeachtet dieser klaren Rechtslage hat der Reichstagspräsident an den Reichskanzler in den gestrigen Abendstunden folgendes Schreiben gerichtet:

Der Reichstag hat in seiner Sitzung vom 12. September 1932 auf Grund der Anträge Torgler und Genossen mit 512 bei 559 abgegebenen Stimmen beschlossen: 1. Die Verordnung des Reichspräsidenten zur Behebung der Wirttschaft vom 4. September 1932 ist mit sofortiger Wirkung aufzuheben.

Tagespiegel

Reichstagspräsident Göring sandte an den Reichspräsidenten einen Brief - Anrede und Höflichkeitsformel am Schluß waren weggelassen -, in dem er Hindenburg ersucht, die Reichsregierung zur Ausübung ihrer verfassungsmäßigen Pflichten anzuhalten. Darauf antwortete der Reichspräsident brieflich - ebenfalls unter Weglassung der Anrede und der Schlussformel - er weise die Anschuldigung der Verfassungsverletzung aufs entschiedenste zurück. Die ganze Verwicklung wäre nicht entstanden, wenn Reichstagspräsident Göring dem Reichskanzler das Wort erteilt hätte. Sobald der Reichstagspräsident die durch die Auflösung geschaffene Rechtslage ausdrücklich anerkennt, werde nichts im Weg stehen, daß die Reichsregierung vor dem Ueberwachungsausschuss erscheine.

Naherdem hat der Reichskanzler noch ein Schreiben an den Abg. Fried als den Vorsitzenden des Auswärtigen Ausschusses gerichtet. Darin wird die Einladung zur Sitzung des Auswärtigen Ausschusses bekräftigt, aber hinzugefügt, sie sei unvereinbar mit der Mitteilung des Reichspräsidenten Göring, daß die Regierung gestürzt sei. Solange der bisherige Reichstagspräsident diese Auffassung aufrechterhalte, könne der Kanzler nicht in den Auswärtigen Ausschuss kommen.

Die Zentrumsfraktion des Reichstags beantragt, der Auswärtige Ausschuss wolle beschließen, die Weigerung des Reichskanzlers, des Außenministers und des Reichswehrministers, in der Ausschusssitzung zu erscheinen, für einen Verfassungsbruch zu erklären.

Die Sozialdemokratische Partei hat beim Reichsminister des Innern die Zulassung eines Volksbegehrens beantragt, durch das der zweite Teil „Sozialpolitische Maßnahmen“ der Notverordnung des Reichspräsidenten vom 4. September 1932 mit Wirkung vom gleichen Tag außer Kraft gesetzt werden soll.

Die durch die Reichstagsauflösung geschaffene Lücke hat den Randbaukommissar des Reichsministers des Innern, Ministerialrat Scholz, veranlaßt, um jeden Anlaß ein parteipolitischer Rücksicht in seiner Amtsführung zu vermeiden, im Einvernehmen mit der Parteileitung der NSDAP, als deren Mitglied anzusehen.

Für die Neuwahlen zum Reichstag kommt nach halbamtlicher Mitteilung, wenn Ruhe und Ordnung gewahrt bleiben, in erster Linie der 8. November in Betracht. Da aber zur Zeit noch Klagen gegen die Reichsregierung beim Staatsgerichtshof anhängig sind, könnte bis zu deren Erledigung eine Verzögerung eintreten. Auch die Durchführung von nicht verfassungsändernden Reformen des Wahlrechts dürfte einige Zeit in Anspruch nehmen.

Das preussische Staatsministerium hat eine zweite Verordnung zur Abänderung des Schlachtfleisnergesetzes beschlossen, die am 14. September 1932 in Kraft tritt. Durch die neue Verordnung wird der Finanzminister ermächtigt, Hauschlachtungen nicht nur von Schweinen, sondern auch von Kälbern und Schafen von der Schlachtfleissteuer ganz oder zum Teil zu befreien. Im übrigen bringt die neue Verordnung eine teilweise Abänderung des bisher geltenden Schlachtfleisnergesetzes.

In der Lausitz wurden in verschiedenen Gemeinden wegen der spinalen Kinderlähmung die Schulen geschlossen. In Pommern sollen sämtliche Schulen geschlossen werden.

Wegen des Bombenanschlags auf eine jüdische Synagoge in Groß-Gaglow (Lausitz) am 17. August sind fünf Mitglieder der NSDAP verhaftet worden.

Das Wasserflugzeug des Norddeutschen „Europa“, das den Dampfer etwa 52 Meilen westlich der Scilly-Inseln verlassen hatte, sah sich infolge eines leichten Maschinenfehlers genötigt, bei St. Marks auf Wasser niederzulegen. Die Besatzung hofft, den Schaden bald beheben und den Flug nach Southampton fortsetzen zu können.

Bei den Wahlen zum dänischen Landsting blieb die Mandatsverteilung in Kopenhagen und auf Jütland unverändert, dagegen gewannen die Konservativen in Nordjütland ein Mandat. Die Zahl der Mandate der Opposition im Landsting steigt hiernach von 40 auf 41, während die Mandatsziffer der Regierungsparteien von 35 auf 34 sinkt. Außerdem gehört dem Landsting ein parteiloses Abgeordnetes an.

2. Die Berordnung der Reichsregierung zur Vornehrung und Erhaltung der Arbeitslosigkeit vom 5. September 1932 ist mit sofortiger Wirkung aufzuheben.

3. Der Reichstag entzieht der Reichsregierung v. Papen das Vertrauen.

Aus diesem Schreiben in Verbindung mit den Erklärungen, die er gestern abgegeben hat, ergibt sich, daß der Reichstagspräsident die Auflösung des Reichstags nicht anerkennt. Mit dieser Stellungnahme des Reichstagspräsidenten steht die Einberufung des Ausschusses zur Wahrung der Rechte der Volksvertretung in Widerspruch.

Die Reichsregierung ist jederzeit bereit, mit dem nach Artikel 35 der Reichsverfassung gestellten Ausschuss zur



Wahrung der Rechte der Volksoberleitung zu verhandeln. Er muß es jedoch ablehnen, in solche Verhandlungen einzutreten, ehe nicht der Reichspräsident sein Schreiben vom 12. September 1932 zurückgezogen hat.

Nach Abgabe dieser Erklärung verließ Ministerialdirektor Gottheimer die Sitzung.

Reichspräsident Göring erklärte, er müsse anerkennen, daß die Reichstagsauflösung rechtmäßig sei, da auch ein gestürzter Reichkanzler ein Auflösungsdekret gegenzeichnen könne, solange er das Vertrauen des Reichspräsidenten habe. Dagegen müsse er auf seinem Standpunkt beharren, daß die Abstimmungen rechtmäßig seien, da sie bereits begonnen hätten, als der Reichkanzler sich zum Wort gemeldet hatte. Allerdings habe er auch formaljuristisch lebhaftes Bedenken, ob die Begründung, die für die Auflösung gegeben worden sei, mit dem Geist und dem Sinn der Verfassung übereinstimme.

Abg. Bendi (Dn.) erklärte, daß er sich voll auf den Boden der Ausführungen des Regierungsvertreters stelle. Die Reichsregierung sei zu ihrem Verhalten vollständig berechtigt.

Auf einen Zuruf von Seiten der Nationalsozialisten und des Zentrums, warum denn dann die Deutschnationalen sich an der Abstimmung beteiligt hätten, erklärte der Redner: Das sei geschehen, um den Mehrheitspartei nicht die Freude zu machen, auf einen einstimmigen Beschluß des Reichstags hinweisen zu können in einer Sache und in einer Lage, die hinsichtlich ihres Ernstes überhaupt nicht übertraffen werden könne und die wahrlich mehr Verantwortungsgefühl verlangt hätte, als es gestern der Reichspräsident und die Reichstagsmehrheit bewiesen hätten.

In der weiteren Aussprache erklärte Abg. Böbe (Soz.), der Ausschuß sage auf jeden Fall rechtmäßig, auch wenn der Reichstag nicht aufgelöst sei.

Abg. Wegmann (Z.) erklärte, die Regierung dürfe unter keinen Umständen ihr Erscheinen von Bedingungen abhängig machen.

Gegen die beiden deutschnationalen Stimmen wurde darauf ein sozialdemokratischer Antrag angenommen, wonach der Ausschuß die Anwesenheit des Reichkanzlers und des Reichsinnenministers verlangt.

Der Ausschuß befaßte sich dann noch kurz mit der politischen Durchführung des Reichstagsgebäudes in der Nacht zum Dienstag.

Präsident Göring legte gegen das Vorgehen der Polizei schärfste Verwahrung ein und erklärte, er sei bereits mit der preussischen Regierung in Verbindung getreten, um die Befreiung der Schuldigen zu verlangen. Er überlege auch, ob er sich wegen dieses Vorgangs mit der Reichsregierung in Verbindung setzen solle.

Gegen die Stimmen der Deutschnationalen und bei Stimmenthaltung des Zentrums wurde ein kommunistischer Antrag angenommen, in dem der Ausschuß feststellt, daß die Hausführung ein eklatanter Bruch der Abgeordnetensimmunität sei. Der Ausschuß verlange die sofortige Befreiung der für die Durchführung Verantwortlichen.

Der Ausschuß vertagte sich dann, um die Entscheidung der Regierung abzuwarten.

Papen geht nicht in den Ausschuß

Berlin, 13. Sept. Amtlich wird erklärt, der Reichkanzler und der Reichsinnenminister werden nicht in den Überwachungs-ausschuss kommen, solange Präsident Göring seinen Brief an den Reichkanzler nicht zurückgezogen habe. Schon die Tatsache der Einberufung des Überwachungs-ausschusses an sich widerlege die Stellungnahme des Reichspräsidenten, denn dieser Ausschuß könne nach der Verfassung ja nur nach Auflösung des Parlaments einberufen werden, da er den nicht bestehenden Reichstag vertritt. Die Auflösung sei demnach vom Reichstag selbst anerkannt.

Am Reichstag war es am Dienstag vormittag recht lebhaft. Die Regierung wartet zunächst ab und wird ihre Entschlüsse erst in den nächsten Tagen treffen. Sie wird aber, wie halbamtlich mitgeteilt wird, streng verfassungsmäßig vorgehen und vor den Wahlen keine Verfassungsänderungen herbeiführen. Der Entwurf einer neuen Verfassung werde unabhängig hiervon ausgearbeitet werden.

Auch nach Wiedereröffnung der Sitzung war kein Vertreter der Regierung erschienen. Nach längerer Aussprache nahm der Ausschuß gegen die Stimmen der Deutschnationalen und im letzten Satz auch gegen die kommunistischen Stimmen folgende Entscheidung der Sozialdemokraten an: „Der Ausschuß hat die Anwesenheit des Herrn Reichkanzlers und des Herrn Reichsministers des Innern zu seiner heutigen Sitzung verlangt. Der Herr Reichkanzler und der Herr Reichsminister des Innern haben ihr Erscheinen von Bedingungen abhängig gemacht. Das ist nach dem Wortlaut des Artikels 33 der Reichsverfassung nicht zulässig. Die Reichsregierung hat diese Rechtsauffassung auch anerkannt durch ihr Verhalten im Juni vor dem damaligen Überwachungs-ausschuss. Der Ausschuß stellt fest, daß sich der Herr Reichkanzler und der Herr Reichsminister des Innern durch ihre Handlungswiese eines offenen Bruchs der Reichsverfassung schuldig gemacht haben. Er erwartet, daß der Herr Reichspräsident als der berufene Hüter der Verfassung den Herrn Reichkanzler und den Herrn Reichsminister des Innern zur Erfüllung ihrer verfassungsmäßigen Pflichten unverzüglich anhält.“

Nach längeren Ausführungen wurde ein Antrag des Abg. Frank (MS.) angenommen, worin der Ausschuß feststellt, daß die Abstimmung im Reichstag am 12. September 1932 über die Aufhebung der Notverordnungen und die Entziehung des Vertrauens gegenüber dem Reichskabinet Papen verfassungsmäßig gewesen seien.

Weiter wurde ein Antrag des Abg. Wegmann (Z.) angenommen, der lautet: 1. Die am 12. September 1932 ausgesprochene Auflösung des Reichstags verstoß gegen Artikel 25 Absatz 1 der Reichsverfassung, weil die in dem Auflösungsdekret angenommene Gefahr, der Reichstag könnte die Aufhebung bestimmter Notverordnungen verlangen, keinen konkreten Anlaß darstellte, wie er in Artikel 25 Absatz 1 der Reichsverfassung gefordert wird. 2. Die am 12. September 1932 ausgesprochene Auflösung des Reichstags verstoß gegen Artikel 48 Absatz 3 Satz 2 der Reichsverfassung, weil sie das wichtige verfassungsmäßige Recht des Reichstags, die Aufhebung von Notverordnungen zu verlangen, verliert und eine Wiederholung der Auflösung dieses Rechts des Reichstags dauernd beseitigen würde.

Der Antrag Frank (MS.) wurde mit den Stimmen der Nationalsozialisten und Kommunisten gegen die Stimmen der Deutschnationalen, des Zentrums und der Sozialdemokraten angenommen. Der Antrag Wegmann (Z.) wurde gegen die Stimmen der Deutschnationalen bei Stimmenthaltung der Kommunisten angenommen.

Im weiteren Verlauf der Sitzung wurde dann noch ein Antrag des Abg. Frank (MS.) angenommen, wonach der Ausschuß die Reichsregierung ersucht, den Wahltermin für die Wahlen zum neuen Reichstag unverzüglich bekanntzugeben.

Während der Aussprache hatten verschiedene Redner scharfe Wendungen gegen das Verhalten des Reichkanzlers gebraucht. Auch sprach Abg. Frank davon, daß der Reichspräsident von Hindenburg „in Verkennung seiner verfassungsmäßigen Pflichten“ gehandelt habe.

Abg. Schmidt-Hannover (Dn.) wies diese Behauptung und die Angriffe gegen den Reichkanzler mit größter Schärfe zurück.

Zum Schluß wurde ein Antrag des Abg. Höpner (Soz.) angenommen, der verlangte, daß zur Sicherung der Wahlfreiheit die bestehenden Presseverbote aufgehoben werden. Der Ausschuß stellte es in das Ermessen des Vorsitzenden, Abg. Böbe (Soz.), wann eine weitere Sitzung stattfinden soll.

Englische Stimmen zur Reichstagsauflösung

London, 13. Sept. Zur Reichstagsauflösung schreibt die „Morningpost“, das „Junkertum“ sei wieder entstanden. Ganz Deutschland und nicht nur der Adel werde im Grund

Das Programm der Reichsregierung

Rundfunkrede des Reichkanzlers

Berlin, 12. Sept. Reichkanzler von Papen sprach am Montagabend um 19.30 Uhr über das Programm der Reichsregierung. Er führte u. a. aus:

Ich spreche heute durch den Rundfunk zum deutschen Volk, weil der soeben aufgelöste Reichstag es nicht einmal für notwendig befunden hat, eine Erklärung der Reichsregierung über das von mir verfolgte Programm entgegenzunehmen. Die kommunistische, aus Moskau zugereiste Abgeordnete Frau Klara Jettin ist von dem Reichstag mit Andacht in ihren Defflamationen angehört worden. Die Erklärung einer nationalen Regierung aber weigert sich die deutsche Volksoberleitung auch nur anzuhören. Ich stelle dieses Verhalten des Reichstags vor dem deutschen Volk fest. Die Reichsregierung ist fest entschlossen, den Weg weiter zu gehen, den sie mit ihren bisherigen Handlungen beschritten hat: Den Weg einer neuen unabhängigen Staatsführung, zu der der Herr Reichspräsident sie berufen hat und zu deren Durchführung wir uns ohne Zögern, aber auch ohne Ueberstürzung ans Werk gemacht haben. Ihre erste und dringendste Aufgabe war die Erledigung der Reparationsfrage. Das System der Reparationen und seine letzte Verdrüpfung, der Youngplan, ist tot und wird niemals wieder lebendig werden.

Schon in Vauanne habe ich den Anspruch Deutschlands vor der ganzen Welt angemeldet, als Volk mit gleichen Rechten und gleichen Pflichten in der Welt behandelt zu werden. Die Herabsetzung der vollen Souveränität des Reichs, seiner Freiheit und Gleichberechtigung ist das grundfällige Ziel unserer Außenpolitik. Einzelne Parteien haben es gewagt, der Reichsregierung die Berechtigung abzusprechen, diese großen Lebensfragen der Nation vorwärtszutreiben, weil sie angeblich auf einer zu schmalen Grundlage stehe. Diejenige Partei erwidere ich: jede deutsche Regierung, die diese Frage aufnimmt, steht auf einer sehr viel breiteren Grundlage, als irgendeine Partei sie bieten kann. Sie steht auf der breitesten Grundlage, die überhaupt denkbar ist, nämlich auf der Zustimmung und der Unterfertigung des gesamten deutschen Volks. Wir wollen die Abrüstung. Aber es ist für uns unerträglich, weiterhin als ein Volk zweiter Klasse behandelt zu werden, und weiterhin schuldig unter den waffenstarken Staaten des europäischen Festlands dazustehen. Wir wollen den Frieden. Wir wollen keine kriegerischen Abenteuer. Aber wir lehnen ein Weltstück ab. Das Ergebnis der ersten fünf Monate der Abrüstungskonferenz hat uns grauam enttäuscht. Wir können an den weiteren Arbeiten der Konferenz nicht teilnehmen, bevor die Frage der Gleichberechtigung nicht entschieden ist. Wir wissen, daß wir in diesem Kampf nicht allein stehen. Die französische Antwortnote ist nicht geeignet, die Lösung dieser ersten Frage zu fördern. Ueber die Schritte, die wir zur weiteren Behandlung dieser lebenswichtigen Frage zu tun gedanken, wird das Kabinet in den nächsten Tagen Bescheid lassen.

In diesen Tagen unternimmt Deutschland einen tiefen Versuch, durch Mobilisierung seiner letzten inneren Reserven Arbeit und soziale Befriedigung zu schaffen. Sie gibt uns ein Anrecht darauf, daß die führenden Staatsmänner der Großmächte nun auch ihrerseits den Entschluß fassen, der Beseitigung der außenpolitischen Beirungen durch unhaltbare Verträge ein Ende zu setzen.

Es ist wichtigste Voraussetzung jeder nationalen Politik, die Selbstständigkeit der deutschen Rohstoffversorgung sicherzustellen. Wir müssen also die Verlustquellen bei der Landwirtschaft verschließen. Das bedeutet: Hebung der Kaufkraft der Konsumenten für landwirtschaftliche Produkte, Fernhaltung der vom Weltmarkt ausgehenden Störungs-momente, Konsolidierung bestimmter Einfuhrartikel und Minderung der Lasten durch Zins- und Steuerentlastung. Alle Maßnahmen der Reichsregierung zur Wiederbelebung der Wirtschaft dienen nur dem einen großen Ziel: dem Sieg über die Arbeitslosigkeit! Selbstverständlich bekennt sich die Reichsregierung zu der christlich-sittlichen Pflicht des Staats gegenüber dem schuldbedürftigen, insbesondere den kranken, verletzten und invaliden Arbeitnehmern. Hier findet die Freiheit der Wirtschaft ihre Grenze im Gebot sozialer Gerechtigkeit. Die Lebenshaltung der deutschen Arbeitnehmer soll gesichert und der soziale Gedanke gewahrt bleiben.

Nur wenn es möglich sein wird, die Zahl der Arbeitslosen im kommenden Winter entscheidend zu verringern, werden wir die Unterführungen für die Arbeitslosen, die auch wir gegenwärtig für zu niedrig erachten, erhöhen können. Das gleiche gilt für die Erhöhung der Rente. Niemand in der Reichsregierung denkt daran, die wohlerworbenen Rechte des öffentlich-rechtlichen Versicherungsschatzes zu beseitigen, den Arbeitslosen aufzuheben oder die begrifflichen Merkmale des Tarifvertrags zu zerstören.

Die Reichsregierung ist der Ansicht, daß das System der formalen Demokratie im Urteil der Geschichte und in den Augen der deutschen Nation abgewirksam ist und daß es nicht mehr zu neuem Leben erweckt werden kann. In gesunde zukunftsvolle Verhältnisse kann uns allein die Herstellung einer wahrhaft unparteiischen, nationalen Staats-

die Tatsache begründen, daß endlich eine Koalition gefunden wurde, die dem Ausland gegenüber eine mit Deutschlands Würde übereinstimmende Haltung einnehme. Hitler fürchte unter solchen Umständen die Befragung des Volks. Wenn nichts Ueberordentliches eintreten sollte, so werde die Regierung im Sattel bleiben. — Die „Times“ führt aus, wenn die Papenregierung sich nicht um die „Arbeiten“ der Parteipolitiker bekümmere, so müsse gerechterweise darauf hingewiesen werden, daß es mit den parlamentarischen Regierungen bereits vor Papen sehr bergab ankommen sei. — „Financial News“ äußert sich sehr abfällig. Eine Regierung, wie die des Reichkanzlers v. Papen könne nicht in einer friedlichen Atmosphäre gedeihen. Der Aufrüstungs-feldzug und andere Kundgebungen des zunehmenden deutschen Militarismus würden die politische Arena beherrschen. — Fast in allen Blättern wird darauf hingewiesen, daß die inneren Zwistigkeiten in Deutschland immer mehr zunehmen.

Auflösung des preussischen Landtags?

Berlin, 13. Sept. Vbz. berichtet von erheblicher Bewegung in den Kreisen des preussischen Landtags. Die Nationalsozialisten seien durch Vermittlung des Präsidenten Kerri in ständiger Verbindung mit Hitler und der Reichstagsfraktion. Die Koalitionsverhandlungen mit dem Zentrum sollen beschleunigt durchgeführt werden, weil das Gerücht gehe, die Regierung beabsichtige, den preussischen Landtag aufzulösen noch bevor ein preussischer Ministerpräsident gewählt sei.

führung bringen, die sich über allem Parteiwesen als unantastbarer Hort der Gerechtigkeit erhebt, die geführt ist auf die Macht und die Autorität des vom Volk gewählten Reichspräsidenten.

Wenn die Herren von der NSDAP heute die schon etwas verstaubten Requisiten des sozialistischen Klassenkampfes vergangener Jahre glauben hervorholen zu müssen, wenn sie glauben, daß sie mit einem Kampf gegen die „feinen Leute“, gegen die sogenannten „Barone“, gegen die „Herrenschicht“ neue Wahlerfolge erzielen werden, fürchte ich, daß sie eine bittere Enttäuschung erleben werden, denn in dieser Kampfweise ist ihnen der Marxismus aller Schattierungen weit überlegen. Aber sie werden dabei — und das ist das Wesentliche — ihr Ziel verfälschen und zerstören, ihr Ziel, die Nation um der Nation willen auf einer nationalen Basis zu einen.

Die ewigen Wahrheiten des christlichen Glaubens müssen die Grundlagen für Erziehung der Nation sein. Die grundsätzliche Beseitigung der Schäden, die aus der Staatsführung der letzten 13 Jahre entstanden sind, kann folgerichtig nur in einer Reform der Verfassung gefunden werden. Wir werden diese Fragen nicht überlegen und nur in Uebereinstimmung mit den Vätern der Lösung zuführen. Das Wahlrecht bedarf eines Umbaus. Die Heraussetzung des Wahlalters wird Schule und Unversität in weitem Maße von politischer Radikalisierung befreien, der sie heute zum Opfer zu fallen drohen. Es wird geprüft werden, ob und wie der Aufbau der Volksoberleitung in Zukunft organisch auf den Selbstverwaltungskörpern verbunden werden kann.

Die Frage Reich-Preußen wird im Rahmen der Berufs- und Reichsreform gelöst werden. Wir werden den geschichtlich gewordenen preussischen Staat nicht zerlegen. Notwendig ist aber eine organische Verbindung der preussischen Regierung mit der des Reichs. Auf diesem Gebiet liegt die Möglichkeit einer durchgreifenden Verwaltungsreform und Verwaltungsverbundung, die die Stunde von uns verlangt. Die Regelung des Verhältnisses zwischen Reich und Preußen wird die Eigenstaatlichkeit der anderen deutschen Länder nicht antasten.

Die französische Antwort Der Völkerbund soll entscheiden

Berlin, 13. Sept. Die Reichsregierung veröffentlicht die Antwort der französischen Regierung auf die deutsche Denkschrift. Darin wird u. a. gesagt: Die deutsche Regierung berufe sich darauf, daß der Verlauf der Abrüstungskonferenz möglicherweise unbefriedigend bleiben werde. Diese Auffassung greife den Ereignissen vor. Frankreich habe den Willen zur Herabsetzung der Rüstungen dadurch bewiesen, daß es die Wehrausgaben um 1500 Mill. Franken, dem Jahresbetrag an Reparationen, auf die es verzichtet habe, herabsetzte. Wenn die deutsche Regierung sich für berechtigt erkläre, ihren eigenen Rüstungsstand unter Berufung darauf zu ändern, daß von dem in Vorbereitung stehenden Abkommen nun unzureichende Ergebnisse zu erhoffen seien, so würde sie den Verpflichtungen aus dem Versailler Vertrag zuwiderhandeln und die künftige Verwirklichung der allgemeinen Abrüstung unmöglich machen. Die Abrüstungsarbeiten werden es ermöglichen, festzulegen, welches die Rechtsstellung Deutschlands innerhalb einer allgemeinen unter dem Schutz der Schiedsgerichtsbarkeit unter Kontrolle stehenden Friedensordnung sein soll. Die französische Regierung könne der deutschen Auffassung, daß die Rechtsfrage bereits gelöst sei, nicht beipflichten. Wenn man Frankreich eine mißbräuchliche Andeutung des Wortes Sicherheit mache, so sei zu erklären, daß Frankreich damit keine verschleierte Vorherrschtsabsicht habe. Es fordere nur seinen rechtmäßigen Anteil an einer für alle Staaten geltenden Sicherheit. Die von Deutschland beanpruchte organisatorische Veränderung seines Heerweises bedeute doch wohl eine Aufrüstung. Es müsse darauf hingewiesen werden, daß diese sich auf alle die Staaten ausdehnen würde, die durch Friedensverträge an ähnliche Grenzen gebunden sind wie Deutschland. Es würde somit das ganze mittel- und osteuropäische Problem ausgetrocknet und die Betrüftung von neuem beginnen. Daran sei ganz Europa unmittelbar interessiert, und Frankreich könne sich nicht darauf einlassen, auf eine Frage von solchem Umfang für sich allein eine Antwort zu erteilen. Wenn also Deutschland auf seinen Absichten bestände, so müsse eine allgemeine Aktion durchgeführt werden, aber nicht auf dem Boden der Abrüstungskonferenz, sondern die Entscheidung liege allein beim Völkerbund.

Die französische Antwortnote ist ein Kabinettsstück juri-

stischer Spitzfindigkeit und sachlicher Ablehnung. Der deutsche Anspruch auf Ruffähigkeit wird ausdrücklich zurückgewiesen, und es ist jedenfalls nicht der Tatbestand geschaffen, den die deutsche Regierung in ihrer Erklärung vom 22. Juli d. J. als Voraussetzung dafür hingestellt hat, daß sie sich weiter mit Aussicht auf Erfolg an den Abrüstungsverhandlungen beteiligen könne.

Neue Nachrichten

Der Reichspräsident Ehrenbürger von Nürnberg

Wesha, 13. Sept. Der Herr Reichspräsident empfangt heute den Oberbürgermeister der Stadt Nürnberg, Dr. Luppe, und nahm aus dessen Händen den Ehrenbürgerbrief der Stadt Nürnberg entgegen.

Politik und Kirche

Wuppertal, 13. Sept. Die Nationalsozialisten haben für die bevorstehenden Kirchenwahlen eine besondere Liste mit dem Kennwort „Deutsche Christen“ aufgestellt. Der Evangelische Ausschuss des Landesverbands Düsseldorf-Ost der Deutschen Volkspartei nimmt gegen die Liste Stellung. Mit den Grundzügen des evangelischen Glaubenslebens und mit dem Wesen der evangelischen Kirche sei es unvereinbar, parteipolitische Bestrebungen in die Kirche hineinzutragen.

Der Hamburger Haushalt wird durch Notverordnung in Kraft gesetzt

Hamburg, 13. Sept. In der gestrigen Sitzung der Bürgerschaft hat eine aus Nationalsozialisten, Kommunisten und Deutschnationalen bestehende knappe Mehrheit den Haushaltsplan des Senats abgelehnt. Der Senat wird nun auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung des Haushalts von Ländern und Gemeinden vom 24. August 1931 den Haushaltsplan für 1932 durch Verordnung in Kraft setzen.

Königsberger SA-Leute in Linz verhaftet

Linz, 13. Sept. Vier reichsdeutsche SA-Leute, die aus Königsberg in Preußen stammten, und war der Hochschüler Major, der Schlosserlehrling Marienfeld, der Versorgungsamtsrater Bloem und der Bürobeamte Kraushinsky sind heute hier verhaftet worden; man glaubt, daß sie an den Königsberger Bombenangriffen beteiligt waren und aus Deutschland flüchteten.

Württemberg

Stuttgart, 13. September.

In den Ruhestand. Oberstaatsanwalt H. Cuhorski tritt Ende September in den Ruhestand.

Musiklehrerprüfung. Die im Sommer d. J. am Musikseminar des Konseroatoriums für Musik, Stuttgart, Herbweg, abgehaltene Prüfung für Privatmusiklehrer, bei der als Vertreter der Kultverwaltung Oberregierungsrat Dr. Lohr mitwirkte, haben nachstehende Bewerber bestanden und die Befähigung zur Erteilung von Klavier- bzw. Violinunterricht nachgewiesen: Margarete Burk von Stuttgart (Violine), Albert Jung von Mengen (Violine), Else Keppeler von Schorndorf (Klavier), Erika Kugler von Göttingen (Klavier), Fridl Fröhli von Stuttgart (Klavier), Elisabeth Rees von Troßingen (Klavier), Margarete Reuttschler von Ehlingen (Klavier), Alice Seeligmann von Stuttgart (Klavier).

Der Besitzer des Ebnetter-Hotels verhaftet. Der Brand des Ebnetterhotels in Gausmannswieser hat eine überraschend schnelle Anklärung gefunden. Noch am Montag nachmittag wurde der Besitzer des Hotels, Karl Haag, durch einen Stuttgarter Kriminalbeamten in Mannheim verhaftet, wohin er sich begeben hatte, um ein Alibi nachweisen zu können. Als Haag in Mannheim verhaftet und ihm die Tat auf den Kopf zugeschrieben wurde, leugerte er alsbald ein umfassendes Geständnis ab. Ob er den Brand selbst gelegt hat und sich einer „Zeitbindung“ bediente, oder ob er den Brand durch einen Dritten lenken ließ, muß erst noch die Untersuchung ergeben. Der Grund dürfte darin zu suchen sein, daß Haag schon seit längerer Zeit mit finanziellen Schwierigkeiten zu kämpfen hatte.

Stuttgart, 13. Sept. Hüpenmarkungszeichen von Kraftfahrzeugen sind nach einer neuen Verordnung nur noch gestattet, falls Wegbenutzer oder Fußgänger durch das Herannahen eines Kraftfahrzeuges tatsächlich gefährdet werden. Es heißt dies insbesondere, daß beim Herannahen an Straßenkreuzungen oder verkehrsreiche Stellen im allgemeinen keine Signale in vorfahrlicher Weise mehr abgegeben werden dürfen. Es müssen also die vielen Warnungszeichen unterbleiben, die nur dem Fahrer aus vornehmlich freie Bahn verschaffen und ihm ein rascheres Vorwärtkommen ermöglichen sollten. Innerhalb geschlossener Ortsorte müssen die Signale kurz sein. Jedoch dürfen auch kurze Signale nicht dauernd hintereinander wiederholt werden.

Der Frauenmörder Stark aus Stuttgart hat vor der Polizei in Berlin ein Geständnis abgelegt. Es handelt sich um einen Raubmord, bei dem dem Mörder 5 Mark in die Hände fielen.

Hafmershain a. N. 13. Sept. Zündelndes Kind legt zwei Scheunen in Brand. Dieser Tage brannten hier zwei mit Erntevorräten reichlich gefüllte Scheunen nieder. Das Feuer entstand durch ein fünfjähriges Kind, das in einer Scheuer mit Feuer spielte.

Tübingen, 13. Sept. Landesverbandstag der Konditoren. Gestern abend nahm der Landesverbandstag der selbständigen Konditoren von Württemberg und Hohenzollern seinen Anfang. Bei dem Begrüßungsabend im Hotel zum „Goldenen Ochsen“ begrüßte der Obermeister der Konditorinnung Keutlingen, Heinrich Kunz, die zahlreich anwesenden Verbandskollegen.

Oberndorf a. N. 13. Sept. Sturmshäden. Am Sonntag mittag legte ein Sturm über das Land, der besonders auf den Höhen großen Schaden anrichtete. Zentnerweise wurde das noch nicht ausgereifte Obst von den Bäumen geschüttelt. Die Äpfel können immerhin noch vermarktet werden, die Birnen müssen weggeworfen werden.

Rottweil, 13. Sept. Tagung der Reichsbahnärzte. Am Samstag fanden sich die Reichsbahnärzte des Landes zu einer Tagung in Rottweil zusammen.

Tuttlingen, 13. Sept. Hunderjahrfeier des Sängerbunds. Am kommenden Sonntag begeht der Gesangverein „Sängerbund Tuttlingen“ die 100-Jahrfeier und hat aus diesem Anlaß eine 60 Seiten umfassende Festschrift „100 Jahre deutsches Lied“ herausgegeben. Am Sonntag, den 17. September ist für die Mitglieder und geladenen Gäste ein Bankett-Abend. Am Sonntag vormittag findet eine Morgenfeier mit Festakt und nachmittags eine öffentliche Aufführung des Chorwerks „Die Jahreszeiten“ von Handl statt.

Tuttlingen, 13. Sept. Pfarrer Pfaff gestorben. Der am Freitag mit dem Motorrad schwer verunglückte Pfarrer Pfaff aus Rommingen, Amt Engen, ist am Samstag im Krankenhaus Neustadt i. Schw. seinen schweren Verletzungen erlegen, ohne das Bewußtsein wieder erlangt zu haben. Damit fortschrittlicher Unglücksfall das zweite Todesopfer. Die Schwester des Pfarrers war sofort tot.

Heidenheim, 13. Sept. Votpreisermäßigung. Die Voterminderung beschloß den Votpreis, der seit November 1931 unverändert 30 Pfg. betragen hat, einheitlich im ganzen Bezirk auf 25 Pfg. zu erniedrigen. Gleichzeitig wurde der Mehlerlös um 2 Pfg. je Pfund und die Abnahme von 5 Pfg. um einen weiteren Pfennig ermäßigt. Die Wecken werden künftig 30-35 Gramm schwer.

Königsborn O. H., Heidenheim, 13. September. Freche Dähse. Einem hiesigen Bürger haben Dähse auf der Suche nach Engerlingen über 200 Stücke auf dem Kartoffelacker herausgewühlt.

Wangen i. N., 13. Sept. Zwei Wangener Bergsteiger tödlich abgestürzt. Die kaufmännische Angestellte Genoveva Beck, gebürtig aus Regau, Bezirksamt Remmingen, und Spinnerarbeiter Karl Albrecht, Sohn des Selbstverwalters R. Albrecht von Wonnau, unternahmen gemeinsam eine Besteigung der 2260 Meter hohen Höfats. Sie nahmen ihren Weg von Oberdorf aus über das „Rote Loch“, wo sie aus etwa 250 Meter Höhe abstürzten. Sonntag abend sind sieben Bergführer zur Rettung bzw. Bergung ausgesendet. Montag vormittag 8 Uhr wurden die Leichen aufgefunden und geborgen.

Pforzheim, 13. Sept. Widerstand. Ein Polizeioeamter in Zibul erlachte gestern einen Arbeitslosen und seine beiden Söhne beim Obstdiebstahl auf verschiedenen Grundstücken. Zur Rede gestellt, ergingen sie sich in Beleidigungen des Beamten und leisteten tätlichen Widerstand, als der Beamte nach verweigerter Namensangabe dazu schritt, die Leute festzunehmen. Er mußte von seiner Schutzweste Gebrauch machen, wobei einer der Söhne in der Leistengegend verwundet wurde, so daß er ins Krankenhaus verbracht und operiert werden mußte. Untersuchung ist eingeleitet.

Aus Stadt und Land

Magold, den 14. September 1932.

Die innere Notwendigkeit der Arbeit für einen Menschen beweist die Jugend seiner Seele.

Kaiserling.

Vom Schwimmbad

Wasserwärme: 20° C.; Luft: 19° C.; Besucherzahl: 80.

Bereinswettkämpfe des Sportvereins Magold

Dem Bericht vom Montag ist nachzutragen, daß das Faustballspiel am Sonntag vormittag: 15. Sportverein gegen 17. Turnverein 3:1 und Aktive Sportverein gegen Aktive Turnverein 3:3 endete.

Der Kraftfahrzeugbestand im Oberamt Magold am 1. Juli 1932

Bei der am 1. Juli vorgenommenen Zählung aller Kraftfahrzeuge sind im Oberamt Magold 712 kündigt angemeldete Kraftfahrzeuge ermittelt worden, ohne die Kraftfahrzeuge der Reichspost. Von diesen waren insgesamt 341 Krafträder, 255 Personenkraftwagen, 72 Lastkraftwagen und ein sonstiges Kraftfahrzeug. Daneben sind noch 24 Kraftfahrzeuge, die vorübergehend abgemeldet waren, gezählt worden. Ohne die letzteren Fahrzeuge entfiel am 1. Juli 1932 im Oberamt Magold bereits auf 36 Einwohner ein Kraftfahrzeug gegen 44 am 1. Juli 1931 und 38 im Landesdurchschnitt. Dabei entfiel ein Kraftfahrzeug auf 68 Einwohner (Landesdurchschnitt 72), ein Personenkraftwagen auf 107 (103), ein Lastkraftwagen auf 363 (375). Vergleiche mit den Vorjahren sind nicht möglich, da die vorübergehend abgemeldeten Fahrzeuge nicht ermittelt wurden.

Zu früh gefreut

Ein junger Mann eines Nachbarorts sah dort im Goldhaus zur „Krone“ und erzählte im Kreise der Gäste von der abenteuerlichen Fahrt auf seinem „Kebie“-Motorrad, die er unlängst gemacht hatte. Er war dabei auch durch Stuttgart gekommen, und da er sich hier in der Wahl der Straße verirren ließ, aufgeschrieben worden. Aber natürlich, die „Schubgerber“ hatten die Sache vergessen; denn innerhalb der verflochtenen 6 Wochen war kein fahrender Straßentier eingelassen. Doch kaum war ihm das Wort entfahren, so öffnete sich die Tür, herein trat in Uniform der Amtsdienner und überreichte unter schallender Heiterkeit der Anwesenden den so lange ausgebliebenen Straßentier von Stuttgart.

Der Stahlhelmarsch

Clappe Calw - Altmittel.

Es wird uns geschrieben: Der schöne Abend im Babilonischen Hof in Calw ließ manchen Kameraden die Nacht etwas kurz erscheinen, als schon um 6 Uhr wieder zum Aufstehen geschlossen wurde. Zur festgesetzten Zeit wird an der Gulaßkanone Kaffee gegost und danach zum Abmarsch angetreten. Eine berittene Truppe voraus, so führte Kamerad Altmittel die Truppe mit klingendem Spiel durch Calw und endlos war das Winken und Grüßen zum Abschied. Die Lage der mit dem Marsch verbundenen wehrsportlichen Übung war folgende: Der Vorstoß des Planenflügels, den die Schwarzwäldertruppe darstellt hat vollen Erfolg gehabt und zur Befreiung des Gebietes bis in die Gegend von Leonberg geführt. Daher, und weil der Feind (Rot) obwohl er das Umgehungsmannöver erlangt hat, diesem noch keine allzu große Bedeutung beimisst, wird der Vorstoß möglichst rasch weit vorgeschoben. Allerdings wird der Feind rasch Kräfte einlegen, um diesen Vormarsch zu fören.

Calw, das wunderschöne Städtchen, zeigte sich beim Abmarsch reizend im tiefen Regallicht gelegen. Kurz vor Javelstein mußte dann die Truppe, wegen gemeldeter roter Kräfte auseinandergezogen werden, um möglichst ohne gesehen zu werden, die schöne Ruine Javelstein zu erreichen. Die Radfahrer hatten beim Abstieg von Javelstein nach Teinach eine beachtliche Leistung zu vollbringen, weil sie ihre gepackten Räder nur auf dem Rücken auf die Landstraße bringen konnten. Ein fahler Trunt an Teinach heilkräftigen Quellen und ein paar Minuten Pflandern mit

den Kurgästen waren voll verdient. Schon wieder ging der Weg tief hinab nach Liebszell. Erstlich war der Empfang durch die Bevölkerung. Da und dort hat einen alten Soldaten die Nahrung übermannt. Am Waldrand von Oberhaupten wartete die „Gulaßkanone“ und die ganze Dorfjugend hatte sich versammelt, um den Appetit der Stahlhelmer zu bewundern. Der Übergang über eine vom Feind eingeschobene Straße machte noch manchem Kameraden warm, und vor allem die Aufführungsabteilungen, berittene Truppe, Radfahrer, Motorradfahrer und Kraftwagenfahrer hatte umfangreiche Aufgaben zu erfüllen. Der Marsch in die Quartiere und vor allem der Einmarsch in Altmittel hatte alles, was nur gehen konnte, auf die Beine gebracht, und bald hielten die Altmittler ihre jungen Soldaten ins Quartier, um Abends im „Grünen Baum“ noch ein paar schöne Stunden mit ihnen zu verleben.

Bedürftigkeitsprüfung in der Arbeitslosenversicherung. Durch eine Bekanntmachung des Wirtschaftsministeriums sind die Gemeinden und Gemeindeverbände des Landes auf die Verordnung des Wirtschaftsministeriums vom 9. September 1932 zur Durchführung des Gesetzes über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung sowie auf den Erlaß des Reichsarbeitsministers vom 10. August 1932 über das Zusammenwirken der Gemeinden und Gemeindeverbände mit den Arbeitsämtern bei der Prüfung der Hilfsbedürftigkeit hingewiesen worden.

Egenhausen, 13. Sept. Den Verletzungen erlegen. Der am letzten Sonntag mit seinem Motorrad so schwer verunglückte 41jährige Silberarbeiter Karl Brenner von hier ist nun heute nachmittag infolge eines schweren Schädelbruchs, ohne das Bewußtsein wieder erlangt zu haben, gestorben. Er hinterläßt eine Witwe und drei erwachsene Kinder. Auch trauern ein hochbetagter Vater und zwei Geschwister um den Entschlafenen, der umso mehr zu bedauern ist, als er erst kurze Zeit von einer schweren Krankheit wieder genesen war. Im Weltkrieg war er viermal verwundet, das letzte Mal am 8. August 1918 in der Tankflucht an der Somme sehr schwer. Die ganze Gemeinde nimmt Anteil an dem traurigen Geschehnis der schwer betroffenen Familie.

Untertalheim, 14. Sept. Die 34 Jahre alte, schon längere Zeit leidende, aber trotzdem immer ihrer Arbeit nachgehende Frau Pauline Scher mann geb. Koon, Sonnenwirtin, ist gestern nachmittag 1 Uhr, nachdem sie noch das Mittagessen zubereitet hatte, von einem Unwohlsein befallen worden und hatte die Absicht, sich ins Bett zu begeben. Auf dem Wege ins Schlafzimmer ist sie aber zusammengebrochen, und kaum in ihr Bett gebracht, ist der Tod eingetreten.

Calw, 13. Sept. Auszeichnung. Den Turnverein Adolf Fiegler, Karl Huber und Walter Fink vom Turnverein Calw wurde für vielseitige Leistung im Sport vom Deutschen Reichsausschuß für Leibesübungen das deutsche Turn- und Sportabzeichen verliehen.

Neuenbürg, 13. Sept. Tödlicher Unfall. Den gestrigen drei Motorradunfällen reihete sich ein weiterer tödlicher Unfall an. Jakob Krauth, der seit verschiedenen Jahren auf dem Hofgut Hülben bei Altshausen sein Dasein fristet, bestand sich am Sonntag von Altshausen auf dem Heimweg, wobei er von einem Motorradfahrer dort angefahren wurde, daß er kurz darauf verschied.

Freudenstadt, 14. Sept. Besuch des deutschen Reichsausschusses. Zum Abschluß der Jahrestagung des Deutschen Kellmeierverbandes, die in den letzten Tagen in Stuttgart stattgefunden hat, wurde gestern von etwa 60 Teilnehmern eine Rundfahrt durch das schwäbische Land ausgeführt, die, von der Kellkehr nach Stuttgart, ihre letzte Station bei uns in Freudenstadt hatte. Die Gäste, die in Kraftwagen von Teisberg kamen, flogen im Hotel „Kappen“ ab, in das sie von der Tuchfabrik Christofthal zu einem Imbiss eingeladen worden waren. Herr Doloi Kappert richtete herzliche Worte der Begrüßung an die Kellmeierleute: Freudenstadt sei vor 40 Jahren noch ein kleines unbekanntes Landstädtchen gewesen, habe sich aber dank einer vorbildlichen Werbung zu einem in der ganzen Welt bekannten Höhenkurort entwickelt; daraus können die Kellmeiereute erleben, wie man gerade hier noch ihrem Beruf nachkommen. Um 8 Uhr luden die Gäste, die in verschiedenen Ansprachen ihrer Befriedigung über den hiesigen Aufenthalt Ausdruck gaben, weiter, um in der „Folke“ und im „Löwen“ in Kessold noch einmal kurz Station zu machen.

Freidrichstal O. Freudenstadt, 14. Sept. Schwere Unfall. Beim Reispflichten kam eine Frau in Freidrichstal durch ein abspringendes Holztür auf ein Auge. Sie wurde nach Tübingen überführt.

Wer nicht infortiert, gleicht einem Manne ohne Wohnung: Niemand kann ihn finden!

Lezte Nachrichten

Eine Erklärung der NSDAP. zu dem Brief Görings an den Reichspräsidenten.

Berlin, 13. Sept. Zu dem Schreiben des Reichstagspräsidenten Göring an den Reichspräsidenten, in dem, wie gemeldet wurde, die üblichen Höflichkeitserweise fehlen, teilt die Pressestelle der NSDAP mit, Reichstagspräsident Göring trete auf dem Standpunkt, daß das erwähnte Schreiben kein Brief des Reichstagspräsidenten Göring sei, sondern daß es sich um einen amtlichen Bericht eines Reichstagsausschusses handele, den er als Reichstagspräsident pflichtgemäß mit seiner Unterschrift versehen habe: In amtlichen Berichten der Ausschüsse sei es aber üblich, jede Höflichkeitserweise fortzulassen.

Unfall eines deutschen Torpedobootes im Kleinen Belt.

Dänje, 13. Sept. Ein Torpedoboot, das zur deutschen Flottenabteilung gehörte, die dieser Tage Stagen besuchte, rannte heute Nacht mit voller Kraft auf einen der Kronenfelder der Brücke über den Kleinen Belt. Ein Geschützturm des Bootes wurde abgerissen und das Boot selbst auch sonstige Beschädigungen. Es mußte von zwei anderen Torpedoboote huffert werden.

Japan erkennt die Mandchantei an

Tokio, 13. Sept. Auf einer unter Vorhülle des Kaisers von Japan abgehaltenen Plenarsitzung des Senats wurde heute vormittag die Anerkennung des neuen Staats Mandschukuo gebilligt.

Hutchinson gerettet

Oslo, 13. Sept. Aus Tromsö wird gemeldet, daß Hutchinson nach der norwegischen Fraktion Finnsbu in Ostgrönland gerettet habe. Nach einem bei der Verwaltung von Ostgrönland eingegangenen Telegramm hat der Trampeler „Lakbo“ heute um 12 Uhr nachts sämtliche Mitglieder der Fliegerfamilie Hutchinson auf Land bei Nerfrost gefunden. Die Geretteten befinden sich wohl, die Waise aber ist wad.

Klageerhebung gegen vier Mitglieder der Konkursverwaltung Kreuzer und Toll.

Stockholm, 13. Sept. Die Konkursverwaltung Kreuzer und Toll hat heute ihren Bericht veröffentlicht...

10 weitere Opfer des Jährbootunglücks auf dem East River geborgen.

Newport, 13. Sept. In der Nähe der Stelle, wo sich vor einigen Tagen die Jährbootkatastrophe ereignete...

Dorfbrand im Kanton Wallis. In dem bei Fiesch (Kanton Wallis) gelegenen Dorf Blüningen brach in der Nacht zum Dienstag ein Brand aus...

Gorguloff wird hingerichtet. Aus Paris wird berichtet, Staatspräsident Lebrun habe die Aktien über Gorguloff, der bekanntlich den Staatspräsidenten Doumergue ermordet hatte...

Dampffährungsglück in Japan — 24 Tote. Wie aus Tokio gemeldet wird, sind infolge des Kenterns einer Dampffähre, die 100 Arbeiter des Arsenal von Kure beförderte, 24 Personen ertrunken.

Jenheis' Ache der Nordsee übergeben. Am Dienstag wurde die Ache des verstorbenen Admirals Jenker, seinem testamentarischen Wunsch entsprechend, durch den Kreuzer „Köln“ auf dem Schlachtfeld am Skagerrak in die Nordsee versenkt.

Das Luftschiff „Groß Zeppelin“ ist in der Nacht zum Dienstag um 10.10 Uhr unter Führung von Kapitän Lehmann mit neun Fahrgästen an Bord zu einer neuen Südamerikafahrt nach Pernambuco — Rio de Janeiro aufgestiegen.

Sport

Neuer Transoceanflug. Die Flieger Max Kommer, Dr. Ulrich und Dr. Bisculfi sind Dienstag früh von Newport aus zu einem Transoceanflug gestartet...

Sendefolge der Stuttgarter Rundfunk AG.

- Donnerstag, 15. September: 6.50: Seltengabe, Wetterbericht, Gasmusik, 6.55: Wetterbericht, Nachrichten, 7.05—9.00: Konzerte...

Handel und Verkehr

Berliner Dollarkurs, 13. Sept. 4,200 G., 4,217 B. Di. Abl.-Kot. 53.50, ohne Aust. 6.62. Privatlofant 4,5 v. h. kurz und lang. Württ. Silberpreis, 13. Sept. Grundpreis 42.70 RM. d. h. Münzprägung im August...

Die Brandschäden im August. Die bei den Mitteilungsvereinigungen der „Arbeitsgemeinschaft privater Feuerversicherungs-gesellschaften in Deutschland“ im Deutschen Reich angefallenen Schäden, die für Juli mit 5.844.470 RM. gemeldet worden waren...

Ermäßigung der Kraftfahrzeugsteuer durch Ausgabe von Steuerzuschüssen beantragt. Der Reichsverband der Karrenbesitzer e. V. (Kebega) hat bei der Reichsregierung beantragt, die Kraftfahrzeugsteuer in das System der Steuerzuschüsse einzubeziehen.

Erhöhung der Porzellanpreise. Die Hauptversammlung des Verbandes Deutscher Porzellanfabriken am 20. September wird gebundene Preise beschließen, die eine mäßige Preisserhöhung für die besseren Sorten zur Folge haben wird...

Deutscher Seidenbau. Es liegt Vorklausur vor, darauf hinzuweisen, daß die Werbung für den Seidenbau in Deutschland, soweit sie von Händlern mit Rauberpflanzen ausgeht, vielfach mit irreführenden Angaben betrieben wird...

Die deutsche Schuhindustrie glaubt feststellen zu können, daß der Preisstand der Preise nunmehr erreicht ist und daß die jetzige Preislage eine gewisse Widerstandsfähigkeit zeigt...

Arbeiter-Einstellungen bei Salamander. Ein Korrespondenzbüro teilt mit: Die Salamander AG. in Kornwestheim hat in jüngster Zeit etwa 500 Arbeiter eingestellt...

Robert Bojoh AG., Stuttgart. Im Geschäftsbericht heißt es, daß sich der Umsatz des Jahres 1931 gegenüber 1930 mengenmäßig ungefähr gehalten hat, auch hat sich das Verhältnis vom Inlandsgehalt zum Auslandsabfahrraum verändert...

Süddeutsche Baumwoll-Industrie A.-G. Auchen. Die Generalversammlung für das am 30. Juni 1932 abgelaufene Geschäftsjahr findet am 25. Oktober statt. Es soll die Verteilung einer Dividende von 3 Proz. (i. V. o.) in Vorschlag gebracht werden.

Zahlungseinstellung: Julius Stäge G. m. b. H., Firma für Kaffee, Tee und Rohkaffee, Berlin, gegr. 1877.

Märkte

Stuttgarter Schlachthofmarkt, 13. Sept. Dem heutigen Markt im Stuttgarter Vieh- und Schlachthof waren zugeführt: 53 Ochsen, 62 Bullen, 396 Jungbullen, 563 Rinder, 199 Kühe, 1509 Kälber, 1823 Schafe, 8 Schafk. Davon blieben unverkauft: 15 Ochsen, 5 Bullen, 60 Jungbullen, 170 Rinder, 10 Kühe, 15 Kälber...

Dörzheim, 13. Sept. Schlachthofmarkt. Kuhtrieb: 9 Ochsen, 5 Kühe, 53 Rinder, 25 Färrn, 61 Kälber, 449 Schafk. Preise: Ochsen 1. 31—33, 2. 27—30, Färrn 1. 26, 2. und 3. 24 bis 22, Kühe 1. 24, 2. und 3. 20—12, Rinder 1. 34—37, 2. 31 bis 33, Kälber 2. 37—41, 3. 33—35, Schafk. 2. 47—48, 3. 46 bis 47 M.

Viehpreise. Kalen: 1 Paar Ochsen 640—680, Stiere 200—295, Färrn 140—235, Kühe 140—350, Kalben und Jungvieh 50—345, Kälber 32—42 — Blaubauern: Kühe 180—370, Kalben 205 bis 350, Jungvieh 75—195 — Großhändler: Kühe 220—350, Kalben 250—380, Jungvieh 80—150 M.

Schweinepreise. Kalen: Milchschweine 15—22. — Blaubauern: Milchschweine 15—22 — Großhändler: Milchschweine 15—24. — Oberstfeld: Milchschweine 12—23. — Riedlingen: Milchschweine 15—20, Mutterchweine 90—110. — Tüfingen: Milchschweine 10—15 M.

Stuttgarter Großmarkt, 13. Sept. Auf dem Gemüse- und Obstmarkt waren grüne Bohnen von 18 Pf. an aufwärts bis zu 25 Pf. das Pfund teuer, es gab starke Unterschiede in der Güte. Gelbe Rüben kosteten 4—5, Zwiebeln 6—7, Weißkohl 3, Kohl 5, Rottkohl 4—5, Spinat 9—10, Tomaten 6—8, Kartoffeln 2,5—3 (im Kleinverkauf 4,5—6) d. Pf., Salatgurken 6—20, Blumenkohl 10—40, Sellerie bis zu 20, Kopfsalat 4—8, Endivienalat 5 bis 8, Kohlrabi, 3—5, Rettiche 4—7 d. St., Karotten 7—12, rote Rüben 5—6, junge Rettiche 6—7 Pf. der Bund. — Für Zweifelhigen wurden auf dem Obstmarkt von 9—14, meist 12 Pfennig d. Pf. bezahlt. Reichlicher angeboten waren jetzt Preisbeeren zu 25, Brombeeren 40—45, Heidelbeeren kosteten 13—14, Blaubeeren 8—10, Mirabellen 20—26, Pfirsiche von 20 bis zu 35, Kirschen 10—20, Birnen 12—30 Pf. d. Pf., Weintrauben im Sitter von 21 Pf. an d. Pf. drutto.

Stuttgarter Kaffee- und Pfeffermarkt auf dem Leonhardsplatz, 13. Sept. Zufuhr 150 Ztr. Preis 2.30—2.70 RM. je Ztr. Stuttgarter Kaffee- und Pfeffermarkt auf dem Wilhelmsplatz, 13. Sept. Zufuhr 500 Ztr. Preis 4.70—5.20 RM. je Ztr.

Bestwechself. Das als bekanntes Gasthaus zum „Röhl“ in Weil im Schönbuch (Ost. Württemberg) wurde von seinem früheren Besitzer Karl Böhler aus Dornbach, der das Anwesen vor nicht allzulanger Zeit um den Preis von 30 000 M. erworben hatte und darin einen Cafébetrieb führte, an Georg Bänder-Dettenhausen um den Preis von 27 000 M. weiterverkauft.

Das Wetter

Auf der Rückseite eines über Skandinavien liegenden Tiefes strömt kalte Luft gegen den Kontinent. Für Donnerstag und Freitag ist wechselnd bewölkt, mäßig kaltes Wetter zu erwarten.

Gestorbene: Theresie Wolber, Jrl. 70 J., Wildbad. Die heutige Nummer umfasst 8 Seiten einschließlich der Beilage Haus, Garten- und Landwirtschaft.

Ortsfernsprechnetzerweiterung

Die Deutsche Reichspost beabsichtigt das Ortsfernsprechnetz Neuweiler zu erweitern und hierbei die öffentliche Fernsprechstelle in den Gemeinden Neffern, Agendach, Benenberg und Martinsmoos teilzunehmen...

Freiwill. Versteigerung

Morgen Freitag von 1 Uhr ab und Samstag von 9 Uhr ab Herren- u. Burschen-Anzüge, Mäntel, Windjacken, Wäsche, Hüte, Mützen etc. Im Auftrag 793 Bekleidungshaus Rapp Neuweiller 3

Politische Blut- rache eine neue spannende Artikelreihe erscheint jetzt in der Zeitschrift Neue JZ Für 20 Pfg. in der Buchhandlung Zaiser Nagold.

War nicht nach Menge wählt, sondern auf Güte hält, trinkt 1929er Rotwein „Banater Schwaben“ 1.35 o.öl Orig. Schwäb. Gieslergemeinschaft Fr. Schmid, Kolonialwaren, Nagold 71

Auf demnächst eintreffende Union- und Anthr. Eierbriketts sowie Ia Anthrazitnüsse nimmt nach Bestellungen entgegen Leo Mangers Kohlenhandlung 791 Tel. 152. Das neue Moden-Album für Damen-Kleidung Herbst - Winter für M. 1.35 vorrätig i. der Buchhdlg. Zaiser

Ulmer Pflüge in großer Auswahl 703 zu Originalfabrikpreisen bei Berg & Schmid Nagold. Die neuen Beyer-Handarbeitshefte bringen reizende Neuheiten für Herbst und Winter: Bd. 260 Wolle für Mädchen und Knaben 5—14 Jahre 1.20

Heute abend Gesamtprobe Beginn Punkt 8 1/2 Uhr J. Maier Nur wiederholte Anzeigen bringen nachhaltigen Erfolg.

Monatschrift Württemberg Herausgegeben von der Gesellschaft der Freunde des Württembergischen Landesamts für Denkmalpflege / Schriftleitung: August Lämmle Abonnementsbestellungen nimmt zu M. 2.25 vierteljährlich entgegen die Buchhandlung von G. W. Zaiser in Nagold.